

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

**zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Knabe und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 11/6277 —**

### **Maßnahmen zum Schutz der Yanomami-Indianer in Brasilien**

#### **A. Problem**

Die Yanomami, das mit rund acht- bis zehntausend Angehörigen zahlenmäßig größte Indianer-Volk Brasiliens, sind in ihrer Existenz durch die in ihren angestammten Lebensraum eingedrungenen Goldsucher und deren Aktivitäten auf vielfältige Weise bedroht. Von der neuen brasilianischen Regierung sind Aktionen zur Entfernung der Goldsucher aus dem Yanomami-Gebiet eingeleitet worden.

#### **B. Lösung**

Aufforderung an die Bundesregierung, sich gegenüber der brasilianischen Regierung für die wirksame Fortführung der Maßnahmen zur Entfernung der auf dem Stammesgebiet der Yanomami befindlichen Goldsucher einzusetzen.

**Einstimmigkeit im Ausschuß**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag — Drucksache 11/6277 — wird in folgender Fassung angenommen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der neuen brasilianischen Regierung des Präsidenten Collor de Mello, den Yanomami-Indianern zu ihrem Recht auf ihr angestammtes, traditionelles Territorium zu verhelfen. Er ist aber der Auffassung, daß die bisher vorgenommenen Maßnahmen nur ein Anfang sein können. Er fordert die Bundesregierung auf, sich bei der brasilianischen Regierung für die wirksame Fortführung der Maßnahmen zur Entfernung der auf dem Stammesgebiet der Yanomami befindlichen Goldsucher in Übereinstimmung mit der brasilianischen Gesetzgebung einzusetzen. Dazu ist auch der illegale Aufenthalt der Goldsucher in der gesamten Region einschließlich der sogenannten Nationalwälder zu unterbinden.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung prüfen, ob mit entwicklungspolitischen Instrumenten der Schutz der Yanomami-Indianer und des Amazonasregenwaldes in dem gesamten Gebiet als integriertes Konzept gefördert werden kann.

Bonn, den 3. Juli 1990

### **Der Auswärtige Ausschuß**

**Dr. Stercken**

Vorsitzender

**Dr. Pohlmeier**

Berichterstatter

**Voigt (Frankfurt)**

**Frau Kottwitz**

**Bericht der Abgeordneten Dr. Pohlmeier, Voigt (Frankfurt) und Frau Kottwitz**

- I. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag — Drucksache 11/6277 — in seiner 73. Sitzung am 20. Juni 1990 zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen. Letzterer hat auf die Mitberatung des Antrags verzichtet. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in seiner Sitzung am 30. Mai 1990 einstimmig eine Neufassung des Antrags empfohlen (Ausschußdrucksache 433). Auf diese Fassung des Antrages hatte sich der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe bereits in seiner 35. Sitzung am 25. April 1990 verständigt und sie mit der zusätzlichen Empfehlung an den Auswärtigen Ausschuß weitergeleitet, die Begründung des Antrages auf Drucksache 11/6277 aufrechtzuerhalten.
- II. Am 20. Juni 1990 stand der Antrag zur Beratung auf der Tagesordnung der 73. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Die Berichterstatter aller Fraktionen haben sich übereinstimmend dafür ausgesprochen, die Beschlußempfehlung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zu übernehmen.

Bonn, den 3. Juni 1990

**Dr. Pohlmeier      Voigt (Frankfurt)      Frau Kottwitz**  
Berichterstatter

